

Politik für mehr Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit

Union und SPD wollen Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Spätestens in vier Jahren wird die SPD den Bürgerinnen und Bürgern die Frage beantworten müssen, weshalb sie im Jahre 2013 die vorhandene Bundestagsmehrheit für einen politischen Neuanfang mit Grünen und LINKE ungenutzt ließ und stattdessen Kanzlerin Merkel als Mehrheitsbeschafferin zum Weiterregieren verholfen hat.

Unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestages wird DIE LINKE parlamentarische Initiativen einbringen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung abbilden und sowohl SPD, Grüne als auch DIE LINKE im Wahlkampf gleichermaßen gefordert haben:

1. die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** zum 1. Januar 2014,
2. die **Abschaffung des Betreuungsgeldes** beziehungsweise Investitionen in den Ausbau hochwertiger Kinderbetreuung,
3. die vollständige **rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** mit der Ehe,
4. das **Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen**.
5. die **Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente**.

Für diese Forderungen gibt es eine rechnerische Mehrheit im Bundestag. Und sie rechnen sich für Millionen Menschen. Wahlversprechen sind Ehrensache. SPD und Grüne müssen endlich Farbe bekennen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Politik für mehr Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit

Union und SPD wollen Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Spätestens in vier Jahren wird die SPD den Bürgerinnen und Bürgern die Frage beantworten müssen, weshalb sie im Jahre 2013 die vorhandene Bundestagsmehrheit für einen politischen Neuanfang mit Grünen und LINKE ungenutzt ließ und stattdessen Kanzlerin Merkel als Mehrheitsbeschafferin zum Weiterregieren verholfen hat.

Unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestages wird DIE LINKE parlamentarische Initiativen einbringen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung abbilden und sowohl SPD, Grüne als auch DIE LINKE im Wahlkampf gleichermaßen gefordert haben:

1. die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** zum 1. Januar 2014,
2. die **Abschaffung des Betreuungsgeldes** beziehungsweise Investitionen in den Ausbau hochwertiger Kinderbetreuung,
3. die vollständige **rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** mit der Ehe,
4. das **Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen**.
5. die **Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente**.

Für diese Forderungen gibt es eine rechnerische Mehrheit im Bundestag. Und sie rechnen sich für Millionen Menschen. Wahlversprechen sind Ehrensache. SPD und Grüne müssen endlich Farbe bekennen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G